

danke ich ergebenst. Bei den vielen Problemen und Aufgaben, die einen Bischof bedrängen, empfinde ich es als eine wertvolle Anregung, auf diese wichtige Frage mit soviel Informations- und Deutungsbeiträgen hingewiesen zu werden. Ich wünsche Ihrer Arbeit gesegnete Weiterentwicklung. Mit gleicher Post werden ..... zur Deckung der Unkosten überwiesen.

(gez.) + Julius, Bischof von Würzburg"

Pfarrer Paul Vogt, der in der Verfolgungszeit *Flüchtlingspfarrer der Evangelisch-Reformierten Kirche in der Schweiz* war, schreibt uns aus Grabs vom 22. 1. 1952:

„Empfangen Sie sehr herzlichen Dank für den prachtvollen Rundbrief vom Dezember 1951, der mir dieser Tage zugekommen ist. Ich schätze dieses Heft sehr und bin froh, es zu besitzen. Es weht darin ein guter christlicher Geist, was ich als evangelischer Pfarrer mit Freuden konstatiere.

Herzliche Grüße!

(gez.) Pfr. Paul Vogt."

Rabbiner Dr. Robert R. Geis (vgl. Nr. 12/15 S. 5 ff.) schreibt vom 16. 1. 1952:

„... Die Rundbriefe kommen manchmal zu mir, manchmal bleiben sie aus: alle aber, die ich lesen durfte, gingen mich an ... und das sehr wörtlich genommen. Was diese Rundbriefe von manch wohlmeinender Äußerung zum Problem der christlich-jüdischen Verständigung unterscheiden und was ich als besonders positiv empfinde: hier wird der Boden katholischen Denkens nicht verlassen. Es besteht darum auch nicht die Gefahr der Verwässerung oder Verwischung. Nur bei der Aufrechterhaltung der jeweiligen glaubensmäßigen Wirklichkeiten gibt es die Chance eines echten Verstehens ..."

Der Direktor der Westeuropäischen Abteilung des Auswärtigen Amtes von Israel, Gershon Avner, schreibt vom 14. 1. 1952 aus Tel Aviv:

„... Ich danke Ihnen vielmals für die Übersendung der zwei Exemplare der Sondernummer des Rundbriefs, der die Beziehungen mit Israel behandelt. Ich finde ihn hochinteressant und er bietet äußerst umfangreiches Material. Man muß Ihnen aufrichtig gratulieren zu den Bemühungen, die Sie ohne Zweifel für seine Herstellung verwandten. Ich lese ihn gründlich und mit großem Interesse und finde, daß er sowohl von hohem Niveau wie auch sehr tiefgründig ist.

Ich hoffe, daß er recht weit verteilt werden möge, damit er auf Geist und Herz von möglichst Vielen einwirken kann. Ich lasse meine Exemplare unter meinen Kollegen hier zirkulieren ..."

Oberrabbiner Dr. Leo Baeck schreibt aus London vom 15. 4. 1952:

„... Die Sondernummer — Friede mit Israel — habe ich erhalten und mit großer Dankbarkeit gelesen. Mit lebhaftem Interesse sehe ich dem neuen Heft entgegen. Wir alle müssen von Herzen für die Treue dankbar sein, die Sie dieser großen Aufgabe widmen."

Das weitere Echo aus christlichen und jüdischen Kreisen, auch Israels und Amerikas, beabsichtigen wir in der nächsten Nummer zu resumieren.

## 6b) Wer spricht das befreiende Wort — hier und heute?

Aus Briefen

von Ludwig Yehuda Oppenheimer, Rehovot/Israel, und Karl Thieme

Aus dem Vorstand der 1951 neu gegründeten deutschen „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“ heraus war Herr Dr. Ludwig Yehuda Oppenheimer, früher Berlin, jetzt Rehovot (Israel), von einem seiner alten Freunde geschrieben worden, „daß Du mit gutem Gewissen der israelischen Vereinigung sagen kannst, daß irgendwelche Befürchtungen unserer Vereinigung gegenüber grundlos sind ...". Seine Antwort hat Herr Dr. Oppenheimer u. a. an Prof. Dr. Franz Böhm, Senatsdirektor Erich Lüth und Prof. Dr. Karl Thieme gesandt und um Stellungnahme dazu gebeten. Die des Letztgenannten möchten wir in ihrem prinzipiellen Teil — im Anschluß an den von Dr. Oppenheimers Brief mit seinem Einverständnis — unsern Lesern vorlegen, weil wir meinen, daß es den „Frieden mit Israel“ nur fördern kann, wenn sich — wie hier — zeigt, daß seitens der Gewissenhaften drüben nicht mehr

von Deutschland gewünscht und erwartet wird, als unser eigenes Gewissen uns längst gebietet.

Dr. Oppenheimer schreibt:

Rehovot/Israel, den 7. 3. 1952.

.... Leider bin ich nicht in der Lage, Dein optimistisches Urteil über die Situation in Deutschland zu teilen. Du schreibst, daß „die antihumanen und antisemitischen Kräfte in Deutschland zwar noch nicht völlig überwunden“ seien, daß aber die guten Kräfte in Deutschland mit Erfolg bemüht seien, das Bewußtsein der von den Nazis verübten Verbrechen wachzuhalten „und im deutschen Volk die Überwindung der nazistischen Vergangenheit einzuleiten“.

Das alles könnte richtig sein, wenn die gegenwärtigen Pläne einer deutschen Aufrüstung nicht alle guten Ansätze zu zerstören drohten. Heute werden die politischen Entscheidungen der atlantischen Staaten in erster Linie durch ihr militärisches Interesse an der Kooperation der kriegstüchtigsten und kriegswilligsten Deutschen bestimmt. Man glaubt sich von einem „German right-wing nationalism short of ‚Junker‘ manners and criminal actions“ ein Maximum an militärischer Effizienz versprechen zu können. Und darum ist man bereit, für das appeasement der entsprechenden Mentalität einen hohen politischen Preis zu bezahlen. Man ist dabei soweit gekommen, daß die Entlassung der Kriegsverbrecher zu einer aktuellen politischen Forderung werden konnte!

Zugleich hat sich der Einfluß früherer Nazis im Bonner Außenamt ständig verstärkt. Dies dürfte wohl damit zusammenhängen, daß die gegenwärtige Außenpolitik der atlantischen Staaten wesentliche Züge von *allerdings nur technischem Charakter mit Hitlers Konzeption teilt*. Auch Hitler's Programm ging dahin, sich mit den angelsächsischen Mächten zu verständigen, — im Bunde mit ihnen eine Europa und die westliche Welt umfassende große politische Kräftegruppierung zu bilden und die gewaltigen Kräfte einer solchen Koalition gegen die östlichen Völker mobil zu machen. Es ist daher wohl verständlich, wenn zur Durchführung der technisch ähnlichen heutigen Mobilmachung entsprechend geschulte Kräfte herangezogen werden.

Andererseits ist klar, daß die Heranziehung solcher Kräfte in mehr oder minder führende Positionen zu schweren politischen und moralischen Problemen Anlaß geben muß. An ihre Lösung ist nur dann zu denken, wenn nicht versäumt wird, mit allem Nachdruck auf den grundlegenden politischen und moralischen Unterschied zwischen der atlantischen Konzeption und der Hitler's zu bestehen!

Politisch liegt der Unterschied darin, daß die atlantische Allianz ein Defensivbündnis zur Erhaltung des Friedens sein soll, während Hitler und der mit ihm verbündete extreme deutsche Nationalismus eine Koalition mit aggressiven und repressiven Zielen anstrebte. Moralisch liegt der Unterschied darin, daß die atlantische Völkergemeinschaft eine freiwillige, als gerecht empfundene Schlichtung der zwischen den Völkern stehenden Streitfragen erstrebt, während Hitler im Bunde mit den extremen Nationalisten durch skrupellosen Einsatz militärischer Übermacht gewirkt — und eine äußerst ungerechte Ordnung aufgerichtet hat.

Wenn dieser Unterschied nicht ständig unterstrichen, — und seine Einhaltung nicht unerbittlich überwacht wird, ist seine fortschreitende Verwischung, und damit die politische und moralische Degradation der atlantischen Idee unvermeidlich! Es ist für niemand ein Geheimnis, daß das Interesse des extremen Nationalismus an der Aufrüstung erst in zweiter Linie aus seinem Bedürfnis nach Sicherheit vor Angriffen fließt. In erster Linie entspringt es der Absicht, sich einer möglichst starken Rüstung als außenpolitischen Druckmittels zu bedienen. An eine Erfüllung dieser Absicht ist nur dann zu denken, wenn die Aufrüstung des Westens sich nicht auf die Erzielung eines Kräftegleichgewichts mit der gegnerischen Seite beschränkt, sondern ein möglichst entscheidendes Übergewicht der Rüstung des Westens erstrebt.

Darum werden Menschen jener Haltung nie bereit sein, sich mit einem für defensive Zwecke ausreichenden Zustand des Kräftegleichgewichts zufrieden zu geben. Sie werden stets darauf bedacht sein, das jeweils erreichte Kräfteverhältnis in zu ungünstigem Lichte erscheinen zu lassen, um einer fortgesetzten Steigerung der Rüstung

und ihrer möglichsten Maximalisierung das Wort reden zu können.

Diese Tendenz ist umso gefährlicher, als sie bei einer in Amerika zwar nicht herrschenden, aber von einer starken Minderheit vertretenen ähnlichen Tendenz auf Verständnis und wirksamen Beistand rechnen kann. Sollte es dem vereinigten Einfluß dieser Tendenzen künftig gelingen, die Politik der atlantischen Staaten zu bestimmen, so würde ihre Allianz aufhören, ein Defensivbündnis zur Erhaltung des Friedens zu sein. Dann hätte sich eine der hitlerischen sehr verwandte Konzeption durchgesetzt: der Aufbau einer übermächtigen Koalition mit aggressiven und repressiven Zielen zur Vorbereitung eines Krieges von morgen! — —

Nicht minder groß sind die Gefahren einer Verwischung der *moralischen* Unterschiede: Bei so distanzloser Identifizierung mit dem extremen Nationalismus muß jede saubere Scheidung gegenüber dem Geist des Nazismus verloren gehen. Wenn nur seine Herrenallüren und kriminellen Handlungen verurteilt werden, dann bleibt die dahinter stehende politische Mentalität unberührt bestehen: der Glaube an die Zwangsgewalt militärischer Übermacht, — der dreiste Mut zur Unwahrheit und Ungerechtigkeit, — und die Verachtung des um friedliche Wege gerechten Ausgleichs ringenden Gewissens!

Einer so gewalttätigen Mentalität nicht zu widerstehen, heißt die Rückkehr dieses Hitler so verwandten Geistes begünstigen! Wenn diese Tendenz nicht aufgehalten wird, kann sie bis zu einer erneuten radikalen Umkehrung aller politischen Wertungen in Deutschland führen: zu einer erneuten Anbetung dessen, was noch vor wenigen Jahren als unbedingt verdammenswert galt.

Ein solcher Treubruch wäre mehr, als den moralischen Reserven der deutschen Nation noch zumutbar ist. Läßt man es bis dahin kommen, dann werden die Reste politischen Glaubens und Vertrauens in einem Meer nihilistischer Skepsis versunken sein. Dann wäre es auch verlorene Mühe, mit Hilfe einer *nochmaligen* volte-face nach vollzogener Aufrüstung in friedlichere Bahnen zurücklenken zu wollen. Ein derart verspieltes Vertrauen kann nicht wiedergewonnen — ein so leichtfertig zerstörtes nationales Gewissen nicht durch neue Formeln aufgerichtet werden. — —

Um darum gibt es nur einen Ausweg: das Gewissen der westlichen Völker *schon heute wachzurütteln!* Wenn zwischen der Welt von heute und dem erneut nach Macht gierenden Geist Hitlers noch eine scharfe Trennung möglich bleiben soll, dann ist es jetzt die 24. Stunde! . . .

. . . Wenn Ihr heute aufsteht und erklärt, daß Ihr Euch von Eurem Gewissen gedrungen fühlt, das von Angehörigen Eures Volkes verschuldete schaurigste Verbrechen der modernen Geschichte *durch eine Brandmarkung der für dieses Verbrechen verantwortlichen politischen Irrlehren zu sühnen*, dann wird Euch das niemand verwehren! Noch ist es nicht wieder verboten, den Teufel Teufel zu nennen. Gerade weil es sich um ein so einmaliges und ungeheures Geschehen handelt, wird niemand wagen, gegen einen offenbar echten Akt sittlichen Bekenntns mit opportunistischen Einwänden zu operieren.

. . . Wenn Ihr den Mut des Herzens zu einem solchen Handeln findet, dann wird der erste und vielleicht entscheidende Schritt zur Überbrückung der Kluft zwischen unseren beiden Völkern getan sein. Das Urteil Israels über das neue Deutschland wird in erster Linie davon abhängen, inwieweit es imstande sein wird, zur wahrheitsgemäßen Erkenntnis und zur friedlichen und gerechten Lösung der politischen Probleme unserer Zeit beizutragen.

Und vielleicht wird noch mehr geschehen sein — ein erster und vielleicht entscheidender Schritt zur Mobilisierung des öffentlichen Gewissens in der Welt. Wenn Ihr heute unter keinem Zwang als dem Eures Gewissens unserer Anregung Folge leistet, um vor der ganzen Welt gegen den Dämon unserer Zeit zu protestieren, dann wird dies Menschen guten Willens in aller Welt aufhorchen lassen. Sie werden sehen, daß sie nicht allein sind, und Hoffnung schöpfen, daß der Macht der Wahrheit und des Gewissens noch eine Zukunft beschieden sein mag.

Dann wird man mit vereinter Kraft weitergehen, — und mit dem gleichen Mut und sittlichen Ernst auch gegen Irrwege *heutiger* Politik aufstehen können. Dann wird niemand Grund noch Recht haben, die sittlichen Motive solchen Einspruchs in Zweifel zu ziehen. Es wird dann

nicht möglich sein, dem echten Willen zur Gerechtigkeit und Frieden Motive politischer Befangenheit zu unterstellen. — —

Du glaubst Dich zur Abwehr des Faschismus auf die „Abwehrbereitschaft gegen Anschläge“ verlassen zu können. Das wäre genau so nutzlos wie in den Jahren 1930—1933. Gegen eine Politik — *legaler* Machtergreifung gibt es nur eine Waffe: den unbeirrbaren Druck des Gewissens mutiger Männer auf Regierung und öffentliche Meinung. Ein ähnlicher Akt des Gewissens vor 20 Jahren hätte Hitler's Machtergreifung verhindert: Als sich Hindenburg nach Hitler's Potempa-Telegramm von dem Lobredner politischen Mordes lossagen wollte, hätten ihn die Besten der Nation in seinem Vorsatz bestärken sollen. Statt dessen ließen sie es zu, daß er von den Schlauesten der Nation mit „realpolitischen“ Scheingründen irregemacht und von seinem Vorhaben abgebracht wurde. *Erst diese Unterlassung hat Hitlers Machtergreifung unwiderruflich gemacht!* Schon damals — und nicht erst 1933 — hat Deutschlands geistige Führung bedingungslos vor ihrem schlimmsten Feinde kapituliert.

Auch heute wird der drohende Faschismus nur durch unbeirrbares moralisches Druck auf Regierungen und öffentliche Meinung aufzuhalten sein. Nur wer an die göttliche Kraft sittlicher Wahrheit glaubt, wird die auf Unwahrheit und Menschenverachtung begründete dämonische Macht überwinden können. Wenn Ihr dem Teufel widersteht, wird Gott Euren Kampf mit Euch kämpfen. Wenn Ihr den Widerstand nicht wagt, dann wird Euch Gott zum Teufel schicken! — — —

Ich grüße Dich in guter Gesinnung

Dein

(gez.) Ludwig Y. Oppenheimer

Basel, Frühjahrsanfang 1952

„. . . Ich unterstütze Ihre Anregung, daß gerade eine neue deutsche „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“ zuerst einmal ein sozusagen *befreiendes Wort hier und heute* finden sollte, um gegenüber bestehendem Mißtrauen im internationalen Bereich, vor allem natürlich von Seiten Israels, eine Art Bürgschaft erwarten zu dürfen.

Wenn nämlich in der satzungsmäßigen Zweckangabe der Vereinigung, „Forschung und Lehre der *Wissenschaft von der Politik* zu fördern“ wirklich jene gemeint sein sollte, die „unter allen praktischen Wissenschaften höchstrangig ist und allen andern das Baugesetz angibt, weil sie das letzte und vollkommene Gute in den menschlichen Dingen betrachtet“, wie Thomas von Aquin zu Aristoteles' Politik bemerkt, dann wäre diese Anregung sinnvoll.

Allerdings, wenn Sie nur empfehlen, „vor der ganzen Welt gegen den Dämon unserer Zeit zu protestieren“, bzw. nicht nur die Verbrechen des Hitlertums zu verurteilen, sondern sich auch von dessen theoretischen Irrlehren zu distanzieren, — dann scheint mir diese Ihre Anregung doch noch weit präziser gefaßt werden zu müssen, um jede Ausflucht in leere Worte gegen Rassenwahn, Herrenmenschentum und dergleichen abzuschneiden. Solche Worte sind auch heute noch billig zu haben, ohne daß damit ein verbindliches Bekenntnis gegen den hier und heute drohenden Neototalitarismus von links und rechts abgelegt, ohne daß jenes befreiende Wort gesprochen wäre, um das es Ihnen (wie dem Vorsitzenden der israelischen und dem Generalsekretär der internationalen Vereinigung für die politische Wissenschaft) offensichtlich geht, wenn ich die von mir in allen wesentlichen Zügen anerkannte Situations-Analyse Ihres Briefes recht verstehe.

Nicht bloß die abgeleiteten und mesquinen Irrlehren eines Hitler wären formell zu verwerfen, sondern vor allem in ein für allemal verpflichtender Form die wurzelhaften und durchaus nicht so ganz unbedeutenden Irrlehren eines Carl Schmitt, die von uns beiden ja schon seit ihrer Proklamation vor genau 25 Jahren an der Deutschen Hochschule für Politik bekämpfte Definition der Politik als eines Freund-Feind-Verhältnisses, die Herabwürdigung des Rechtes zur angeblich bloßen Formulierung von Machtverhältnissen (30. Juni 1934: „Der Führer schützt das Recht!“) und die allerneueste „Geo-Jurisprudenz“, wie sie von der Heydte in seinem (nur zu schonenden) „Hochland-Aufsatz“ treffend nannte (43, 3; Februar 1951, S. 288 ff.). Wenn damit nicht nur eine Lehre, sondern

eine Schule, nicht nur eine ‚Sache‘, sondern eine Person in Acht und Bann erklärt wurde, so geschähe damit nur, was in diesem Falle längst hätte geschehen müssen, aber unbegreiflicherweise versäumt wurde (wie der Gottinger „Deutschen Universitäts-Zeitung“ V, 22 vom 17. 11. 1950, — als ruhmlicher Ausnahme — zu entnehmen ist). Der Mann, der sich auf der von ihm veranstalteten Tagung „Judentum und Rechtswissenschaft“ (Ende 1935) das tolle Wort aus „Mein Kampf“ zu eigen machte: „Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich den Kampf des Herrn“ und der demgemäß auch „den großartigen Kampf des Gauleiters Streicher“ verherrlichte, ja der Kollegen denunzierte, die es noch loyal zitierten, wenn sie bei jüdischen Autoren wissenschaftliche Anleihen machten, der Mann, der jetzt die Stirn hat, öffentlich zu erklären, er

habe „nichts zu bereuen“, — er ist auf seinem, noch wichtigeren Gebiete genau so unerträglich wie der ähnlich reuelose Matador Veit Harlan. Nicht weniger als für den ‚Prestige-Regisseur‘ gilt für den ‚Kron-Juristen‘ des Dritten Reiches Bundespräsident *Heuß* Wort, „daß es, um des gemeinen Wohles willen notwendig ist, daß bestimmte Typen, die gestern im Dienste des Hasses standen, heute schweigen müssen“. Und wer wäre eher berufen, die Sendung, die Erich Luth dem Harlan gegenüber erfüllte, endlich dem Carl Schmitt gegenüber zu übernehmen als die deutsche Vereinigung, die vor allem andern darum bekümmert sein mußte, die Sauberkeit und die Ehre des politischen Denkens in deutschen Landen zu huten? Hic Rhodus, hic salta! . . .

(gez.) Karl Thieme

## 7. Rundschau

### 7a) Deutsches Eigentum in Israel

Am 21. 12. 1951 hatte der Vatikan-Sender mitgeteilt und am 27. 12. die „Neue Zeitung“ (Nr. 304) als UP-Meldung aus der Vatikan-Stadt, „daß die israelische Regierung ‚widerrechtlich‘ das Kloster und die Kirche der deutschen Benediktiner auf dem Berge Zion in Jerusalem und die Kirche mit dem Pilgerheim in Tabgha am See Genezareth konfisziert habe“. Diese Meldung machte dann die Runde durch die Presse, speziell auch die religiöse.

Wie wir durch Anfrage in der West-Europa-Abteilung des Auswärtigen Amts in Tel Aviv feststellen konnten, ist die Meldung aber in allen wesentlichen Punkten unzutreffend.

Was Kloster und Kirche *Mariae Dormitio* auf dem Zionsberg anlangt, so liegt uns abschriftlich das Schreiben des Lateinischen Patriarchats im Terra-Sancta-Kolleg Jerusalem, vom 8. Januar 1952 vor, worin sich der Patriarchats-Verweser Msgr. Gori durch P. Terence W. Kuehn OFM, beim Israelischen Religionsminister Rabbi J. Herzog wegen der Falschmeldung entschuldigt, sein aufrichtiges Bedauern äußert und erklärt, daß er die Aufmerksamkeit der Apostolischen Delegation darauf gelenkt habe. — Man darf also wohl hoffen, daß künftig mehr Verantwortungsbewußtsein bei der Durchgabe solcher heikler Meldungen waltet.

Betreffs *Kirche und Pilgerheim in Tabgha* erfahren wir aus Tel Aviv, daß die Kirche (und ein Landgut) den Benediktinern seit zwei Jahren zurückgegeben sind, während das Pilgerheim, das an einer strategisch wichtigen Stelle nahe der syrischen Grenze liegt, noch besetzt bleiben muß, solange sich Syrien weigert, den 1948 gegen Israel eröffneten Krieg zu beenden.

Bei dieser Gelegenheit sind wir zugleich genauer über die Rechtslage des deutschen Eigentums in Israel unterrichtet worden: Das von der K'nesset beschlossene Gesetz unterscheidet zwischen „Heiligen Stätten“ und Eigentum von Laien. Deutsches Kircheneigentum wie *Mariae Dormitio* wird sofort zurückgegeben; Laien-Eigentum bleibt unter Treuhandverwaltung, um später im Rahmen der Wiedergutmachung verrechnet zu werden. —

Damit wird die s. Zt. in Nr. 8/9, S. 29, aus der Berliner jüdischen Zeitung „Der Weg“ von uns übernommene Meldung über jenes Gesetz erheblich präzisiert: Die Kollektivschuldthese ist zwar in der Tat implizit abgelehnt, indem das Eigentum deutscher kirchlicher Institutionen freigegeben wurde; eine allgemeine Freigabe des Eigentums von Privaten, die „mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun“ hatten, liegt aber in Israel ebenso wenig vor wie etwa in der Schweiz bisher; wie sollte man auch von dort aus prüfen, für wen jene Kennzeichnung gilt? Nicht auf dem Wege über solche Spezial-Entscheidungen, sondern nur auf dem über die Abklärung der großen zwischen Israel und Deutschland hängigen Fragen besteht irgendwelche Aussicht, daß Deutsche — abgesehen von jenen Einzelnen, deren Kampf gegen Hitler und den Hitlergeist bekannt ist, — von Israel-Bürgern in einem andern Licht als dem der ununterscheidbaren Zugehörigkeit zu dem Volke gesehen werden können, in dessen Namen und aus dessen Mitte heraus die Mörder der sechs Millionen Juden aufgetreten sind.

### 7b) Israel, jüdische Organisationen und Bundesrepublik verhandeln

Wer sein Gewissen nicht gegen die jedes Maßstabs in der bisherigen Weltgeschichte spottende Ungeheuerlichkeit der durch Hitler und seine Gefolgschaft bis weit in die Reihen der nur mehr oder minder widerwillig „Mitmachenden“ hinein aufgehäuften Schuld an den Juden verhärtet, der wird verstehen, daß es diesen und so auch den Vertretern Israels auch nach der Regierungs-Erklärung vom 27. 9. 1951 nicht ganz leicht fällt, sich mit Vertretern des Volkes an einen Tisch zu setzen, in dessen Namen der Massenmord geschah.

Die sehr realistische Auffassung derer, die trotzdem nachdrücklich für Verhandlungen eintraten und solche durchgesetzt haben, hat *Nahum Goldmann* am 25. 10. 1951 auf einer New Yorker Konferenz über die jüdischen Forderungen an Deutschland folgendermaßen ganz nüchtern dargelegt:

„Ich habe den Standpunkt einiger Juden niemals in seiner moralischen Gültigkeit zu verstehen vermocht, wonach Selbstachtung und Würde uns verböten, mit den Deutschen über diese Probleme der Rückerstattung, Entschädigung und Wiedergutmachung zu verhandeln. Ist es etwa moralischer, Deutschland im vollen Besitz des erbeuteten jüdischen Eigentums zu lassen? Hat wirklich das Prinzip moralische Geltung: „Du hast gemordet und sollst auch noch erben!“ (Elias zu Achab im 1. bzw. 3. Königs-Buch 21, 19).

„Ich habe da eine andere Meinung. Ich meine, die höchste moralische Geltung wohne dem inne, daß wir alles Erdenkliche tun, um die Ansprüche Israels und des jüdischen Volkes zu befriedigen, hundertausenden neuen Einwanderern den Eintritt in Israel zu ermöglichen, den Staat zu weiterer Selbstkonsolidierung zu befähigen und so neue Hoffnung und neues Leben an die zu vermitteln, die das nationalsozialistische Gemetzel zu überleben fertig brachten.

Tatsächlich haben wir ja mit den Deutschen schon seit mehreren Jahren zu sprechen begonnen, . . . mit den Behörden Hessens, Bayerns, Württembergs und Bremens. Die konkreten Ergebnisse dieser Unterredungen beginnen eben in Erscheinung zu treten: Gerade jetzt strömen vorfabrizierte Häuser nach Israel für einen Teil — einen winzigen Teil — unserer Wiedergutmachungsansprüche. Und niemand hat gegen diese Verhandlungen jemals protestiert. Im übrigen aber bedeutet doch der Versuch, das Unsere von den Deutschen zurückzuerhalten, noch nicht, daß wir unsern Schuldern vergeben. Es bedeutet nicht, daß wir einen Zollbreit von unsrer Haltung gegenüber andern Aspekten des deutschen Problems zurückweichen: Säuberung, Wiederbewaffnung etc. . . .“

Mit dem vorstehenden deckte sich ungefähr, was Israels Außenminister *Mosche Scharett* zum Abschluß der einschlägigen Parlamentsdebatte am Mittwoch, 9. Januar 1952, geltend machte, in welcher als religiöser Sozialist *Pinchas Rosen* der Verewigung von Haß und Rachedurst entgegentrat. Nachdem die Regierung erklärt hatte, daß die Verantwortung für den Massenmord unter den europäischen Juden „bei der deutschen Nation als politischem Ganzen liegt“ („rests upon the German nation as a whole“), daß sie „keine überzeugenden Zeichen für